

## Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche  
Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet unter:  
[www.hamburg.de/wochendienst](http://www.hamburg.de/wochendienst)

Nr. 3

vom 25. Januar 2013  
Redaktion: Katja Richardt

## Arbeit, Soziales, Familie und Integration

Erfolgreiches Hamburger Kleinstkreditprogramm .....	2
Erfolgreiche Kooperation mit den Mietervereinen .....	4

## Gesundheit und Verbraucherschutz

Durch ein Pflegepraktikum neugierig machen.....	6
EU-Parlament bestätigt duale Ausbildung für den Krankenpflegeberuf in Deutschland .....	8
Vogelgrippe bei Wildenten in Dänemark nachgewiesen .....	9

## Justiz

Nordkooperation zur Sicherungsverwahrung .....	10
--	----

## Schule, Jugend und Berufsbildung

Schulsenator Ties Rabe übergab nach erfolgreichem Jahr die Präsidentschaft der Kultusministerkonferenz .....	12
Moin Moin Schülercampus! .....	15
Berufliche Schule an der Alster wird für Qualitätsmanagement ausgezeichnet.....	17
Zeugnissorgen? ReBBZ-Beratungsabteilung anrufen!.....	19

## Kultur

Club Award für Hamburgs beste Musikclubs .....	20
--	----

## Internationale Bauausstellung

Stadt neu bauen – Die Metropole von morgen.....	22
---	----

## Europa

Hamburg würdigt deutsch-französische Freundschaft .....	24
---	----

## Zur Information

Gedenkjahr „Hamburg erinnert sich 2013“ .....	25
Terminkalender .....	26

23. Januar 2013/basfi23

## Erfolgreiches Hamburger Kleinstkreditprogramm

### Neue Richtlinien machen das Programm noch attraktiver

Die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) hat innerhalb von zehn Jahren mehr als 1.700 Förderanträge geprüft, über die Arbeitslose finanziell gefördert werden können, wenn sie ein kleines Unternehmen gründen wollen. Jetzt sollen neue Richtlinien dieses Hamburger Kleinstkreditprogramm noch attraktiver machen. Auch wer bereits ein kleines Unternehmen gegründet hat, kann über dieses Programm weiter gefördert werden. Wird im Rahmen der Gründung ein zusätzlicher sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplatz geschaffen, gibt es eine einmalige Prämie. Die maximale Förderhöhe beträgt jetzt bis zu 17.500 Euro statt bisher bis zu 12.500 Euro pro Antrag.

„Das Kleinstkreditprogramm hat sich als ein sinnvolles Instrument der Hamburger Arbeitsmarktpolitik bewährt“, sagt **Sozialsenator Detlef Scheele**. „Ich gehe davon aus, dass künftig noch mehr arbeitslose Menschen dieses Programm nutzen werden, weil wir die Rahmenbedingungen verbessert haben. Das ist ein weiterer Meilenstein im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.“

Menschen, die arbeitslos oder von Arbeitslosigkeit bedroht sind, können das Kleinstkreditprogramm in Anspruch nehmen. Auch wer innerhalb der vergangenen zwei Jahre aus der Arbeitslosigkeit heraus ein kleines Unternehmen in Hamburg gegründet hat, gehört zur Zielgruppe des Programms. Dabei kommt es auf eine gute Gründungsidee an. Oder das bereits bestehende Unternehmen soll erweitert werden.

Das „Hamburger Programm für Kleinstgründungen aus Erwerbslosigkeit“ unterstützt die Zielgruppe immer dann, wenn die notwendigen Fachkenntnisse vorhanden sind, um ein kleines Unternehmen in Hamburg zu gründen oder wenn das entsprechende Geld für Investitions- und/oder Betriebsmittel fehlt, um das Unternehmen zu erweitern.

Die gewährten Darlehen müssen die ehemaligen Arbeitslosen nach einer tilgungsfreien Zeit von maximal sechs Monaten innerhalb einer Gesamtlaufzeit von höchstens sechs Jahren in gleichbleibenden monatlichen Raten zurückzahlen. Gebühren werden nicht erhoben, eine vorzeitige Tilgung ist ohne Zusatzkosten möglich. Ein Antrag ist auch innerhalb von zwei Jahren nach der Gründung möglich.

Die Sozialbehörde erhöht den maximalen Förderbetrag von 12.500 Euro künftig auf bis zu 17.500 Euro. Wer zusätzlich einen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz schafft, der kann bis zu 3.500 Euro des Darlehens behalten und muss es nicht an die Behörde zurückzahlen.

Darüber hinaus sieht die neue Richtlinie vor, weniger Bereiche als bisher von der Förderung auszunehmen. So können Arbeitslose künftig auch Vorhaben wie mobile Verkaufsstände, Immobilienvermittlung, Vertreter oder Vertriebsbeauftragte über das Kleinstkreditprogramm finanzieren. Gleichzeitig ist zum 1. Januar 2013 der für die gesamte Laufzeit des Darlehens geltende Zinssatz von 5,12 Prozent auf 4,87 Prozent gesunken.

Bis zum 31. Dezember 2012 hat die Sozialbehörde 700 Förderfälle mit einem Kreditvolumen von 5,988 Millionen Euro bewilligt. Seit dem 1. Januar 2011 hat die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt (WK) per Senatsbeschluss die Kreditvergabe und -verwaltung des Hamburger Kleinstkreditprogramms übernommen.

Weitere Informationen unter finden Sie unter [www.hamburg.de/arbeit](http://www.hamburg.de/arbeit) sowie bei der Lawaetz-Stiftung unter [www.gruendung-lawaetz.de](http://www.gruendung-lawaetz.de).

### **Rückfragen der Medien**

**Nicole Serocka**

Pressestelle Senatorenbüro

Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration

Tel.: +49 42863 - 2889

[pressestelle@basfi.hamburg.de](mailto:pressestelle@basfi.hamburg.de)

24. Januar 2013/basfi24

## Erfolgreiche Kooperation mit den Mietervereinen

### Über zehn Jahre im Einsatz für die Rechte von Leistungsempfängern

**Wenn die Wände in der Wohnung feucht und schimmelig sind, die Miete erhöht werden soll oder der Vermieter eine hohe Betriebskostennachzahlung fordert, wissen viele Mieter nicht, welche Rechte sie haben und sind verunsichert. In diesen Fällen können Leistungsberechtigte nach den Sozialgesetzbüchern II oder XII, aber auch nach dem Asylbewerberleistungsgesetz die Unterstützung der Hamburger Mietervereine kostenlos in Anspruch nehmen. Die Stadt Hamburg finanziert die Beiträge.**

„Da in Hamburg Wohnungen aufgrund der hohen Nachfrage in jedem Zustand problemlos vermietet werden können, besteht das Risiko, dass Vermieter die Rechte von Mietern missachten“, sagt **Sozialsenator Detlef Scheele**. „Das gilt auch für Mieter, die Leistungen vom Staat beziehen. Das beweist der Fall des Vermieters Kuhlmann, der jahrelang zu hohe Mieten für zu kleine Wohnungen verlangt hat. Auch durch die hervorragende Zusammenarbeit mit den Mietervereinen ist es uns teilweise bereits gelungen, gegen diesen Vermieter erfolgreich juristisch vorzugehen.“

Die Zahl der Menschen, die Leistungen vom Staat beziehen und das Angebot der Mietervereine nutzen, ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen. Allein im Jahr 2011 haben über 1.000 Leistungsberechtigte die Rechtsberatung der Mietervereine in Anspruch genommen. Das sind über 15 Prozent mehr als im Vorjahr. Dabei konnten die Freie und Hansestadt Hamburg im Jahr 2011 insgesamt fast 140.000 Euro einsparen, da die Mietervereine in den meisten Fällen unberechtigte Ansprüche der Vermieter abwehren oder berechnete Ansprüche der Mieter durchsetzen konnten.

In der Hälfte aller Fälle, in denen Leistungsberechtigte beraten wurden, ging es jeweils darum, die Nebenkostenabrechnungen zu überprüfen und entsprechende Rechenfehler aufzudecken.

An zweiter Stelle standen Beratungen, weil die Wohnungen erhebliche Mängel aufwiesen und an dritter Stelle weil der Vermieter jeweils mit einer Kündigung des Mietverhältnisses drohte.

## Hintergrundinformationen

Wer Leistungen vom Staat nach den Sozialgesetzbüchern II oder XII, aber auch nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bezieht und Probleme mit dem Vermieter hat, kann sich jederzeit im Jobcenter bzw. im Grundsicherungs- und Sozialamt an die jeweils zuständigen Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter wenden, die dann einen Kontakt zu einem der Hamburger Mietervereine vermitteln können. Diese helfen den Mietern dann dabei, deren Rechte durchzusetzen. Die Kosten für die Mitgliedschaft übernimmt in diesen Fällen das Jobcenter bzw. das Grundsicherungs- und Sozialamt. Insgesamt kooperiert die Stadt Hamburg mit drei Mietervereinen: Dem Mieterverein zu Hamburg, dem Verein Mieter helfen Mietern und dem Interessenverband Mieterschutz.

### Rückfragen der Medien

**Nicole Serocka**

Pressestelle Senatorenbüro

Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration

Tel.: +49 42863 – 2889

[pressestelle@basfi.hamburg.de](mailto:pressestelle@basfi.hamburg.de)

21. Januar 2013/bgv21

## Durch ein Pflegepraktikum neugierig machen

### Leitfaden der BGV für Schulpraktika in Krankenhäusern oder Pflegeheimen

Was mache ich nach der Schule? Welcher Job ist für mich der richtige und zukunftssicher? Viele Schülerinnen und Schüler sind sich über solche Fragen noch im Unklaren. Gesundheits- oder Pflegeberufe bieten attraktive Zukunftsperspektiven, Fachkräfte werden gesucht. Oft helfen auch hier Praktika, um in den einen oder andern Beruf hinein zu schnuppern. Um die Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen und Schulen bei der Durchführung und Begleitung von Praktika zu unterstützen, hat die Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz (BGV) eine Broschüre erarbeitet, die neben Informationen über die Pflegeberufe auch Checklisten und Tipps enthält, wie ein Schulpraktikum in der Pflege für alle Beteiligten erfolgreich wird.

„Wir wollen junge Menschen für eine Ausbildung in der Pflege gewinnen. Das ist ein wesentlicher Baustein in unserem Bemühen, den zukünftigen Fachkräftebedarf zu decken“, so **Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks**. „Praktika, die Schülerinnen und Schüler für ihre Berufsorientierung leisten, helfen die Attraktivität dieser Berufe aufzuzeigen. Dabei kann deutlich werden, ob ein Pflegeberuf in Frage kommt und welche Chancen er tatsächlich bietet.“

In Hamburg stehen jedes Jahr rund 680 neue Ausbildungsplätze in der Gesundheits- und Krankenpflege, etwa 75 in der Gesundheits- und Kinderkrankenpflege sowie rund 370 Plätze in der Altenpflege zur Verfügung. Während sich die Zahl der Pflegebedürftigen in den kommenden Jahren schon aufgrund des demografischen Wandels weiter erhöhen wird, nimmt hingegen die Zahl der Schulabgängerinnen und Schulabgänger ab. In der Folge droht auch in Hamburg in den Pflegeberufen ein Fachkräftemangel. Langfristig werden auch in Hamburg dem steigenden Bedarf an professionellen Pflegekräften weniger potentielle Auszubildende gegenüberstehen.

Der Leitfaden für Schulpraktika in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen ist auch das Ergebnis einer repräsentativen Studie, die das Institut für Public Health und Pflegeforschung (IPP) der Universität Bremen im Auftrag des Norddeutschen Zentrums zur Weiterentwicklung der Pflege (NDZ)<sup>1</sup> 2009/ 2010 erstellt hat. Erhoben wurden u.a. Kriterien und Einflussfaktoren für die

---

<sup>1</sup> Das NDZ ist eine Einrichtung der norddeutschen Bundesländer Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein.

Berufswahlentscheidung Jugendlicher, das Wissen über die Pflegeberufe bei Jugendlichen und ihren Eltern sowie die Zufriedenheit von Pflege-Auszubildenden mit ihrer Berufswahlentscheidung. Auffällig war insbesondere, dass bei Schülern, Eltern und Lehrern nur wenige oder sogar falsche Informationen über Pflegeberufe vorhanden sind und diese nur selten in die engere Wahl kommen. Belegt wurde durch die Studie aber auch, dass Praktika für die Berufswahlentscheidung eine wichtige Rolle spielen.

Zu bestellen ist die Broschüre der BGV per E-Mail unter [publikationen@bgv.hamburg.de](mailto:publikationen@bgv.hamburg.de) oder telefonisch unter 040-428.37- 2368. Weitere Informationen für Interessierte liefert zudem der Internetauftritt [www.zeig-deine-pflegestaerken.de](http://www.zeig-deine-pflegestaerken.de). U.a. bietet die Seite eine Lehrstellenbörse oder auch ein Computerspiel, das erste Einblicke in Pflegeberufe gibt.

#### **Rückfragen der Medien:**

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz

Rico Schmidt; Tel.: 428 37-2332

E-Mail: [pressestelle@bgv.hamburg.de](mailto:pressestelle@bgv.hamburg.de); Internet: [www.hamburg.de/bgv](http://www.hamburg.de/bgv)

23. Januar 2013/bgv23

## EU-Parlament bestätigt duale Ausbildung für den Krankenpflegeberuf in Deutschland

### Gesundheitssenatorin Prüfer-Storcks begrüßt Entscheidung ausdrücklich

Der zuständige Ausschuss des EU-Parlamentes hat sich dafür ausgesprochen, die gegenwärtigen Ausbildungsregelungen für Pflegeberufe in einigen europäischen Ländern, darunter Deutschland, auch in Zukunft zu akzeptieren. Die bestehende duale Krankenpflegeausbildung nach zehn Schuljahren und anschließender Berufsfachschule bleibt damit europaweit anerkannt.

„Diese Entscheidung bestätigt unsere Position und ich begrüße sie ausdrücklich“, so **Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks**. „Die deutsche Ausbildung ist im internationalen Vergleich von hoher Qualität und wird durch diese Entscheidung auch weiterhin europaweit anerkannt. Wäre zukünftig das Abitur Voraussetzung für einen Pflegeberuf, wäre zu befürchten, dass nicht nur in Deutschland innerhalb weniger Jahre deutlich weniger Fachkräfte zur Verfügung stünden. Auch das Ziel der EU-Kommission, die Mobilität innerhalb Europas zu erhöhen, würde konterkariert.“

Zuvor war diskutiert worden als Zugangsvoraussetzung für die Krankenpflegeausbildung zukünftig eine zwölfjährige allgemeine Schulausbildung festzuschreiben. Nur dann sollte die Qualifikation in allen EU-Mitgliedstaaten direkt, d.h. ohne weitere Überprüfung anerkannt werden. Diesen Vorstoß lehnte Hamburg ebenso wie die anderen Bundesländer und das Bundesministerium für Gesundheit ab. In Deutschland ist das Abitur bzw. Fachabitur grundsätzlich die Voraussetzung zur Aufnahme eines Studiums. Eine solche Zugangsvoraussetzung wird aber nicht für berufliche Ausbildungen, wie kaufmännische Ausbildungen oder die Krankenpflegeausbildung, gefordert.

„Die regelhafte Ausbildung von Gesundheits- und Krankenpflegerinnen und -pflegern an Hochschulen würde einen Systemwandel im deutschen Gesundheitssystem zur Folge haben. Zu befürchten wäre dann, dass deutlich weniger qualifizierte Fachkräfte und mehr Hilfskräfte in den Krankenhäusern arbeiten werden. Die Qualität der Pflege würde nicht verbessert, sondern verschlechtert. Entscheidend für die Qualifikation der Krankenpflegekräfte ist aber insbesondere die Qualität der Berufsausbildung, weniger die Dauer der schulischen Vorbildung. Eine Aufwertung der Pflege kann nicht über die Ausgrenzung eines Großteils von potentiellen Bewerbern geschehen“, so **Prüfer-Storcks**.

#### Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz

Rico Schmidt; Tel.: 040/ 428 37-2332

E-Mail: [pressestelle@bgv.hamburg.de](mailto:pressestelle@bgv.hamburg.de); Internet: [www.hamburg.de/bgv](http://www.hamburg.de/bgv)

25.01.2012/bgv25a

## **Vogelgrippe bei Wildenten in Dänemark nachgewiesen**

### **Verbraucherschutzbehörde ruft Geflügelhalter zu erhöhter Vorsicht auf**

Die Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz (BGV) ruft Geflügelhalter in und um Hamburg zu erhöhter Vorsicht auf. Hintergrund ist, dass der dänische Veterinärdienst über einen Vogelgrippe-Ausbruch bei wild lebenden Stockenten in Westjütland informiert hat. Zwar finden in der aktuellen Jahreszeit keine Vogelzüge statt. Wegen der relativen Nähe Hamburgs zum Seuchengeschehen werden Geflügelhalter dennoch vorsorglich aufgefordert, die üblichen Sicherheitsmaßnahmen strikt einzuhalten.

Bei einer Routineuntersuchung in Dänemark wurde das Geflügelpestvirus vom Subtyp H7 festgestellt. Vorsorglich werden deshalb insbesondere jene Geflügelhalter zur Vorsicht gemahnt, die ihre Tiere im Freien halten. Zu den Sicherheitsmaßnahmen gehören unter anderem, Futterstellen für wild lebende Vögel unzugänglich zu machen und Futter so zu lagern, dass Wildvögel keinen Zugang dazu haben. Außerdem darf Geflügel nicht mit Wasser aus Oberflächengewässern, wie Flüsse und Seen, getränkt werden.

Der Nachweis des Virus bei scheinbar gesunden Wildenten in Dänemark zeigt, dass frei lebende Enten ein Reservoir für den Erreger der Geflügelpest sein können, ohne selbst zu erkranken. Seit 2006 werden auch in Hamburg Überwachungsuntersuchungen bei Wildvögeln und Hausgeflügel durchgeführt. Es wurden in dieser Zeit 795 Vögel, 49 davon in 2012, untersucht. Hoch pathogenes Geflügelpestvirus wurde in keiner Probe festgestellt.

#### **Rückfragen der Medien:**

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz

Rico Schmidt; Tel.: 428 37-2332

E-Mail: [pressestelle@bgv.hamburg.de](mailto:pressestelle@bgv.hamburg.de); Internet: [www.hamburg.de/bgv](http://www.hamburg.de/bgv);

22. Januar 2013/bjg22

## Nordkooperation zur Sicherungsverwahrung

### Senat macht Weg frei: Hamburg und Schleswig-Holstein werden künftig bei der Unterbringung von Sicherungsverwahrten kooperieren

Die Hamburger Senatorin für Justiz und Gleichstellung Jana Schiedek und die schleswig-holsteinische Ministerin für Justiz, Kultur und Europa Anke Spoorendonk wollen bei der Sicherungsverwahrung zusammenarbeiten. Ab dem 1. Juni 2013 sollen zunächst bis zu elf Sicherungsverwahrte aus Schleswig-Holstein in der Justizvollzugsanstalt Fuhlsbüttel untergebracht werden. Beide Ministerien haben einen Staatsvertrag ausgearbeitet, der heute vom Senat beschlossen wurde. Er wird nun von den Ministerinnen am 7. Februar 2013 im Hamburger Rathaus unterzeichnet und dann der Bürgerschaft zur Zustimmung zugeleitet.

„Wir schlagen ein weiteres Kapitel der erfolgreichen Zusammenarbeit zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein im Bereich der Justiz auf. Die Einigung ist für beide Länder eine gute Lösung“, sagte **Justizsenatorin Jana Schiedek**.

Anlass für die Kooperation ist eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts. Danach müssen Sicherungsverwahrte ab dem 1. Juni 2013 deutlich besser untergebracht werden als Strafgefangene. In Hamburg wurde bereits Anfang 2011 eine neue Abteilung mit drei Stationen und 31 Plätzen für Sicherungsverwahrte in Betrieb genommen. Aktuell sind davon nur 13 Plätze belegt.

In Anbetracht des hohen Zeitdrucks ermöglicht die Kooperation Schleswig-Holstein die verfassungskonforme Unterbringung seiner Sicherungsverwahrten, ohne eine eigene Einrichtung bauen zu müssen, die den Anforderungen aus Karlsruhe genügt. Das Land wird künftig bis zu elf freie Plätze für Sicherungsverwahrte in der JVA Fuhlsbüttel nutzen und dafür jährlich rund eine Millionen Euro abzüglich einer geringen Pauschale für nicht genutzte Plätze an Hamburg überweisen. Außergewöhnliche Kosten (z.B. für besonders kostenintensive Medikamente oder für Behandlungen in externen Krankenhäusern) werden zusätzlich abgerechnet. Die von Schleswig-Holstein zu entrichtende Pauschale für Sicherungsverwahrte beläuft sich auf täglich 250 Euro pro Untergebrachttem. Der reguläre Tageshaftkostensatz in Hamburg liegt bei rund 150 Euro. Damit wird den durch das Verfassungsgericht geforderten erhöhten Aufwendungen für einen therapiegerichteten Vollzug der Sicherungsverwahrung Rechnung getragen.

Es gilt der Grundsatz, dass die schleswig-holsteinischen Unterbrachten nach Schleswig-Holstein entlassen werden. Sie werden deshalb rechtzeitig zur Vorbereitung der Entlassung in eine Einrichtung des Landes Schleswig-Holstein (z.B. die JVA Lübeck) zurückverlegt. In der JVA Lübeck werden zu diesem Zweck zwei Plätze zur Vorbereitung der Entlassung eingerichtet.

Der ausgehandelte Staatsvertrag wurde heute vom Senat beschlossen und der Bürgerschaft zugeleitet. Er tritt in Kraft, wenn die Landesparlamente in Kiel und Hamburg zugestimmt haben und der Vertrag durch den Ersten Bürgermeister bzw. den Ministerpräsidenten ratifiziert wurde.

Mit der Einigung wird die Nord-Kooperation im Bereich der Justiz weiter vertieft. Seit den 50er Jahren verfügen Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Hamburg über einen gemeinsamen Zollsenat beim Finanzgericht Hamburg. Im Gemeinsamen Prüfungsamt am Dammtorwall wird seit vielen Jahren zusammen mit Schleswig-Holstein und Bremen die Zweite Juristische Staatsprüfung abgenommen. Zuletzt wurde im vergangenen Jahr beim Hanseatischen Oberlandesgericht Hamburg ein gemeinsamer Staatsschutzsenat der Länder Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Hamburg gegründet.

**Rückfragen der Medien:**

Dr. Sven Billhardt

Behörde für Justiz und Gleichstellung, Pressestelle

Tel. 040 42843 3143, Mobil: 0172 4327953, Fax: 040 427943 258

E-Mail: [pressestelle@justiz.hamburg.de](mailto:pressestelle@justiz.hamburg.de)

22. Januar 2013/bsb22

## **Schulsenator Ties Rabe übergab nach erfolgreichem Jahr die Präsidentschaft der Kultusministerkonferenz**

### **Verbesserung des Bildungserfolges durch besseren Unterricht ist zentrale Herausforderung der Schulpolitik**

Im Rahmen einer feierlichen Sitzung im Bundesrat in Berlin hat Schulsenator Ties Rabe turnusgemäß die Präsidentschaft der Kultusministerkonferenz (KMK) an Sachsen-Anhalts Kultusminister Stephan Dorgerloh übergeben. Ties Rabe: „2012 war ein bildungspolitisch erfolgreiches Jahr. Die KMK hat die Vergleichbarkeit der Schulabschlüsse zwischen den Bundesländern durch vergleichbare Abituraufgaben und klare Standards deutlich verbessert. Vielfältige Qualitätsverbesserungen des Bildungssystems konnten erreicht werden. Ich bin überzeugt, dass in der Schulpolitik künftig zwei Themen an Bedeutung gewinnen werden: die Verbesserung des Bildungserfolges durch besseren Unterricht und die Verbesserung des Übergangs von der Schule in den Beruf.“

Der neue KMK-Präsident Dorgerloh will in seinem Präsidentschaftsjahr Bildungsgerechtigkeit stärken, inklusive Bildung weiter ausbauen und kulturelle Bildung fördern: „Ich freue mich auf die neue Aufgabe, möchte gerne an zentralen Themen weiterarbeiten und dabei neue Akzente setzen“, erklärte der Kultusminister des Landes Sachsen-Anhalt.

#### **Bildungsgerechtigkeit stärken**

Als wichtigste Aufgabe seiner Präsidentschaft bezeichnete es Stephan Dorgerloh, die Bildungsgerechtigkeit zu stärken. „Der Zusammenhang von Herkunft und Bildungserfolg ist in Deutschland nach wie vor besonders groß. Wir können es uns nicht länger leisten, dass in Deutschland zu viele Kinder ihr Potenzial nicht ausschöpfen können. Das ist auch volkswirtschaftlich eine große Herausforderung. Ich sehe in der Bildung einen zentralen Schlüssel, um allen Kindern bessere Zukunftschancen zu ermöglichen.“ Best-Practice Beispiele anderer Länder können hierbei Vorbild sein, fügte Stephan Dorgerloh hinzu.

#### **Inklusive Bildung ausbauen**

Als weiteres Schwerpunktthema des Jahres kündigte Dorgerloh die Weiterentwicklung im Bereich der Inklusion an. „Künftig kommt den pädagogischen und didaktischen Basisqualifikationen im Umgang mit Heterogenität und Inklusion eine noch größere Bedeutung zu. Die Professionalisierung des schulischen und außerschulischen Personals ist in den kommenden Jahren eine besondere Herausforderung“, unterstreicht der Präsident. Ein zentrales Thema ist daher die Lehrerbildung. Die Kultusministerkonferenz hat aus diesem Grund die Rahmenvereinbarungen für die Ausbildung und Prüfung der Lehramtstypen mit Blick auf die Erfordernisse inklusiver Beschulung angepasst. Studiengänge für das sonderpädagogische Lehramt an Universitäten und gleichgestellten

Hochschulen sollen gezielter auf die Anforderungen inklusiver Bildung an allen Schulformen ausgerichtet werden. Im Juni 2013 findet in Kooperation mit dem Bund eine Fachtagung zur inklusiven Bildung statt. Hier sollen Entwicklungsperspektiven in den Bereichen „Frühe Kindheit“, „Schule“, „Berufsbildung“ und „Hochschule“ aufgezeigt werden.

### **Kulturelle Bildung**

Ein besonderes Augenmerk möchte der Präsident zudem auf die kulturelle Bildung legen. Dabei gilt es, inhaltlich an die Ergebnisse des Schwerpunktkapitels des Bildungsberichtes 2012 „Kulturelle/musisch-ästhetische Bildung im Lebenslauf“ anzuknüpfen. „Kulturelle Bildung ist sicher nicht alles – aber ohne kulturelle Bildung sind Europa und Heimat, Identität und Migration nicht zu leben und zu verstehen. Hier müssen wir ein neues Bewusstsein dafür schaffen, dass kulturelle Bildung das ganze Leben umfasst“, betont Stephan Dorgerloh. Auch vor dem Hintergrund des Ausbaus der Ganztagsangebote gewinnt die Zusammenarbeit zwischen dem Schul- und Kulturbereich an Bedeutung. Zur Verankerung kultureller Bildung in der Schule veranstaltet die Kultusministerkonferenz Ende Januar gemeinsam mit der Stiftung Mercator eine bundesweite Konferenz.

Der evangelische Theologe und SPD-Politiker Stephan Dorgerloh (46) ist seit 19. April 2011 Kultusminister des Landes Sachsen-Anhalt. Zuvor war er drei Jahre lang Beauftragter der Evangelischen Kirche in Deutschland für die Lutherdekade in Wittenberg. Darüber hinaus moderierte er von 2007 bis 2010 im Auftrag des Landtages den Bildungskonvent Sachsen-Anhalt.

### **Senator Ties Rabe zieht für 2012 Bilanz**

Der Hamburger Senator für Schule und Berufsbildung, Ties Rabe, leitete als Präsident die Geschäfte der Kultusministerkonferenz im Jahr 2012. Zentrale Themen waren:

Einheitliche Anforderungen für die Abiturprüfung Ein bildungspolitischer Meilenstein im Jahr 2012 war der Beschluss der Bildungsstandards für die Abiturprüfung in Deutsch, Mathematik und Englisch/Französisch sowie die Einigung auf einen Pool gleich schwerer Abituraufgaben für alle Bundesländer. Damit hat die Kultusministerkonferenz einheitliche Leistungsanforderungen für die gymnasiale Oberstufe und das Abitur in allen 16 Bundesländern festgelegt. Der geplante Aufgabenpool soll erstmals im Schuljahr 2016/17 Anwendung finden und gleichschwere Abituraufgaben in allen Bundesländern sicherstellen. „Von der Grundschule bis zum Abitur liegen jetzt bundesweit geltende Bildungsstandards für die zentralen Fächer vor. Damit verbessern die Länder nicht nur Qualität des Unterrichts und die Vergleichbarkeit der Abschlüsse, sondern stellen zugleich die Anschlussfähigkeit zwischen den Bildungsetappen sicher“, erklärte Ties Rabe.

### **Sprachförderung verbessern**

Senator Rabe betonte auch die Verbesserung der Sprachförderung. „Um die Benachteiligung von Kindern mit Migrationshintergrund abzubauen, haben die Bundesländer in den letzten Jahren die Sprachförderung erheblich ausgebaut. Denn Sprachkompetenzen bilden den wichtigsten Schlüssel zum Bildungserfolg. Nach dem rasanten Ausbau sollen jetzt die unterschiedlichen Konzepte überprüft und qualitativ verbessert werden. Deshalb haben die Bundesländer zusammen mit der Bundesregierung im Oktober 2012 eine gemeinsame Initiative zur Verbesserung der Sprachförderung, Sprachdiagnostik und Leseförderung beschlossen. Bedingt durch den demographischen Wandel und die Veränderungen in der Schülerschaft werden auch in Zukunft

größere Anstrengungen erforderlich sein, um das hohe Leistungsniveau in den deutschen Grundschulen zu halten und weiterzuentwickeln.“

### **Schwerpunktthema Übergang Schule-Beruf**

Der Übergang von der Schule in den Beruf war ein Schwerpunktthema im Präsidentschaftsjahr 2012. Ende November hatte Senator Rabe Experten zu der zweitägigen Fachtagung „Grenzen überwinden – Zusammenarbeit organisieren“ nach Hamburg eingeladen, um Impulse für die länderübergreifende Zusammenarbeit zu geben. „Zu viele junge Menschen bekommen direkt nach dem Schulabschluss keinen Ausbildungsplatz“, so Rabe. „Die Vorbereitung auf die Berufswelt und die aktive Begleitung in einen Ausbildungsplatz muss deshalb zu eine gemeinsamen Thema von Wirtschaft, Schule und Behörden werden. Es muss wieder normal werden, dass junge Menschen mit 16 oder 17 Jahren und einem Schulabschluss in der Tasche direkt nach der Schule eine Ausbildung beginnen, statt sinnlose Warteschleifen zu durchlaufen.“ Die Ergebnisse der Fachtagung werden 2013 in die weitere Arbeit des Ausbildungspakts eingebracht.

#### **Für Rückfragen der Medien:**

Peter Albrecht, Pressesprecher

Behörde für Schule und Berufsbildung

Tel: (040) 4 28 63 – 2003

E-Mail: [peter.albrecht@bsb.hamburg.de](mailto:peter.albrecht@bsb.hamburg.de), Internet: [www.hamburg.de/bsb](http://www.hamburg.de/bsb)

23. Januar 2013/bsb23

## Moin Moin Schülercampus!

### Ausschreibung für „Mehr Migranten werden Lehrer“ startet in Hamburg

Vom 26.-29. April 2013 findet in Hamburg der Schülercampus „Mehr Migranten werden Lehrer“ statt. Oberstufenschülerinnen und -schüler mit Zuwanderungsgeschichte aus Hamburg können sich umfassend über das Lehramtsstudium und den Lehrerberuf informieren. Bewerbungen für den kostenlosen „Kompaktkurs zur besseren Berufs- und Studienfachwahl“ sind bis zum 1. März 2013 möglich.

Um die Vielfalt im Lehrerzimmer zu gewährleisten, werden bundesweit mehr Lehrerinnen und Lehrer mit Migrationshintergrund gebraucht – als kompetente Vorbilder und Vertraute. Im Moment haben gerade einmal ein bis zwei Prozent der Lehrkräfte eine Einwanderungsgeschichte.

Befragungen unter ehemaligen Schülercampus-Teilnehmern zeigen, dass viele Oberstufenschüler mit Migrationshintergrund Vorurteile gegenüber dem Lehrerberuf hegen: Sie empfinden die Bezahlung als schlecht, Aufstiegsmöglichkeiten seien kaum vorhanden. Wenn sie sich für ein Studium entscheiden, dann oftmals eher für Jura oder Medizin. Um diese Vorurteile abzubauen und junge Migrantinnen und Migranten für das Lehramtsstudium und den Lehrerberuf zu interessieren, entwickelte die ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius ihren Schülercampus „Mehr Migranten werden Lehrer“.

Der Hamburger Schülercampus findet seit 2008 in Kooperation mit dem Zentrum für Lehrerbildung und dem Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung statt. Vom **26. bis 29. April 2013** wird das Projekt erstmals vom Hamburger Netzwerk „Lehrkräfte mit Migrationsgeschichte“ ausgerichtet, das am Landesinstitut angesiedelt ist.

Der viertägige Kompaktkurs gibt Einblicke in das Lehramtsstudium und zeigt die Chancen des Lehrerberufs. Die Teilnehmer informieren sich über die Fähigkeiten und Voraussetzungen für das Lehramtsstudium. Sie hospitieren in Schulen und diskutieren mit Hochschullehrern und Lehrern die Erfordernisse dieses Berufes. So können sie eine überlegte Studienfachwahl treffen.

Hinweise zur Bewerbung und weitere Informationen finden Sie unter [www.li.hamburg.de/mehr-migranten-werden-lehrer](http://www.li.hamburg.de/mehr-migranten-werden-lehrer).

**Für Rückfragen der Medien:**

<p><b>Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung</b> Hamburger Netzwerk „Lehrkräfte mit Migrationsgeschichte“ Koordination: Faried Ragab Tel. (040) 42 88 42 - 584 E-Mail: <a href="mailto:Faried.Ragab@li-hamburg.de">Faried.Ragab@li-hamburg.de</a></p>	<p><b>Behörde für Schule und Berufsbildung</b> Peter Albrecht, Pressesprecher Tel: (040) 4 28 63 - 2003 E-Mail: <a href="mailto:peter.albrecht@bsb.hamburg.de">peter.albrecht@bsb.hamburg.de</a>, Internet: <a href="http://www.hamburg.de/bsb">www.hamburg.de/bsb</a></p>
--	--

24. Januar 2013/bsb24

## **Berufliche Schule an der Alster wird für Qualitätsmanagement ausgezeichnet**

**Die Berufliche Schule an der Alster (H 11) ist als erste öffentliche Schule in Hamburg für ihr Qualitätsmanagement nach der DIN ISO 29990 Management für die Aus- und Weiterbildung zertifiziert worden. Bildungssenator Ties Rabe gratuliert: „Die berufliche Schule an der Alster hat mit der Zertifizierung bewiesen, dass sie ihre Schul- und Unterrichtsentwicklung mit Erfolg betreibt und dem neuen international gültigen Qualitätsstandard in der Aus- und Weiterbildung entspricht. Die überprüften Standards und das positive Ergebnis des aufwändigen Audit-Verfahren belegen die gute Qualität der Lerndienstleistung und des Managements der berufsbildenden Schule. Dazu beglückwünsche ich die Schulleitung und die Kolleginnen und Kollegen der Einzelhandelsschule H 11!“**

Mit der internationalen Norm DIN ISO 29990 wurde erstmalig ein Qualitätsmanagementsystem für Lerndienstleistungen in der Aus- und Weiterbildung geschaffen. Im Fokus stehen der Lernende in der konkreten Lernsituation, die Lerninhalte und Lernprozesse sowie die Evaluation der Lerndienstleistung und die Kompetenz des Lerndienstleisters.

In den Zertifizierungsaudits hat die H 11 die Standards zu den Kriterien „Bestimmen des Lernbedarfs“, „Gestaltung der Lerndienstleistung“, „Erbringen und Umsetzen von Lerndienstleistungen“ und „Evaluation durch Lerndienstleistende“ erfolgreich nachgewiesen. Des Weiteren wurde das Management der Beruflichen Schule an der Alster bezüglich der Standards „Allgemeine Managementanforderungen“, „Strategie und Unternehmensmanagement“, „Managementbewertung“, „Finanzmanagement“, „Personalmanagement und Kommunikationsmanagement“ sowie „Ressourcenmanagement“ positiv zertifiziert.

Schulleiter Michael Gadow ist erfreut über das Ergebnis: „Mit der Zertifizierung nach DIN ISO 29990 ist die mehr als sechsjährige systematische Qualitätsentwicklung in der H 11 ausgezeichnet worden. Sie dokumentiert das hohe Engagement des Kollegiums.“ An der Beruflichen Schule an der Alster werden 1.200 Auszubildende der Bildungsgänge Automobilkaufmann/Automobilkauffrau, Buchhändler/Buchhändlerin, Kaufmann/Kauffrau im Einzelhandel, Verkäufer/Verkäuferin im Einzelhandel, Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste im Rahmen der dualen Berufsausbildung sowie Schülerinnen und Schüler der Berufsfachschule unterrichtet.

In allen berufsbildenden Schulen Hamburgs erfolgt ein systematisches Qualitätsmanagements. Im Rahmen dieses Prozesses werden gemeinsame Ziele der Schul- und Unterrichtsentwicklung reflektiert, definiert und nachvollziehbar umgesetzt. Hierdurch soll die Unterrichtsqualität zielgerichtet weiterentwickelt werden.

**Rückfragen der Medien:**

Peter Albrecht, Pressesprecher

Behörde für Schule und Berufsbildung

Tel. (040) 4 28 63 – 2003

E-Mail: [peter.albrecht@bsb.hamburg.de](mailto:peter.albrecht@bsb.hamburg.de), Internet: [www.hamburg.de/bsb](http://www.hamburg.de/bsb)

24. Januar 2013/bsb24a

## Zeugnissorgen? ReBBZ-Beratungsabteilung anrufen!

Es ist wieder soweit: Am 31. Januar 2013 erhalten Hamburgs Schülerinnen und Schüler ihre Halbjahres-zeugnisse. Sie enthalten wichtige Hinweise auf die Entwicklung der schulischen Leistungen in der Einschätzung der Lehrerin bzw. des Lehrers. Für alle Eltern, Schülerinnen und Schüler, denen das Zeugnis Probleme und Sorgen bereitet, richten die **Regionalen Bildungs- und Beratungszentren (ReBBZ, ehemals Rebus)** der Schulbehörde auch in diesem Jahr einen telefonischen Zeugnisdienst ein.

Erfahrene Schulpsychologen, Sozialpädagogen und Lehrkräfte stehen mit fachkundigem Rat bereit und können helfen, Ursachen für die schulischen Schwierigkeiten zu finden und Wege aus einer Krisensituation aufzeigen. Die Beratung ist vertraulich und auf Wunsch anonym. Die Beraterinnen und Berater sind erreichbar von

**Mittwoch, dem 30. Januar bis Freitag, dem 1. Februar 2013,  
jeweils in der Zeit von 8 bis 16 Uhr  
unter der Telefonnummern: 4 28 99 20 02.**

Darüber hinaus bieten die ReBBZ in dieser Zeit wieder einen E-Mail-Beratungs-Service nur für Schülerinnen und Schüler an unter

[schueler-zeugnisdienst@bsb.hamburg.de](mailto:schueler-zeugnisdienst@bsb.hamburg.de)

Zusätzlich zu dem telefonischen Zeugnisdienst der ReBBZ bietet das Schulinformationszentrum (SIZ) täglich Eltern und Schülerinnen und Schülern

**unter der Tel.-Nr.: 428 99 22 11**

Informationen und Beratung bei Fragen zu Zeugnissen und zur Schullaufbahn.

Rückfragen:

Peter Albrecht

Behörde für Schule und Berufsbildung;

Tel: (040) 4 28 63 – 2003

E-Mail: [peter.albrecht@bsb.hamburg.de](mailto:peter.albrecht@bsb.hamburg.de), Internet: [www.hamburg.de/bsb](http://www.hamburg.de/bsb)

24.01.2013/kb24

**CLUBKOMBINAT**  
HAMBURG e.V.

## Club Award für Hamburgs beste Musikclubs

### Clubkombinat hat den dritten Hamburger Club Award verliehen

**Gestern (Mittwoch) Abend wurde in der Prinzenbar der dritte Hamburger Club Award gefeiert. Mit dem Club Award wird vor allem die Livemusikszene der Hansestadt gewürdigt. In insgesamt acht Kategorien wurden Preise vergeben. Bis auf den Ehrenpreis des Clubkombinat Hamburg e. V. und den Publikumspreis erfolgte die Preisvergabe nach dem Votum einer Fachjury.**

Die Auszeichnung für den besten Live-Musik Club erhielt das **Molotow**. Es wurde damit für seine langjährige kontinuierliche Arbeit und sein Engagement für die Live-Musik geehrt. Die Jury wollte mit dieser Wahl auch ein Zeichen für den Erhalt des Clubs am Spielbudenplatz setzen. Weitere Preisträger waren das **EGO** (Spartenclub), die **Hasenschaukel** (Außendarstellung), das **LOGO** (Kleinster Club mit größtem Act), der **Nachtflohmarkt des Fundbureau** (Veranstalter), den Preis für die beste Nachwuchsförderung teilen sich der **Musik Club Live** und das **freundlich+kompetent**.

Beim Online-Voting der Clubgänger auf der Homepage des Clubkombinat Hamburg gewann das **EGO** knapp vor dem **freundlich+kompetent**. **Wolfgang Landt**, Betreiber der Markthalle, erhielt den Ehrenpreis des Clubkombinat Hamburg e. V. Der Vorstand des Clubkombinats würdigte ihn für seine langjährige Tätigkeit als erfahrener Ratgeber, der die Entstehung und Entwicklung des Clubkombinates maßgeblich begleitet - und sich stets insbesondere für die Interessen von kleinen Clubs eingesetzt hat. Bis auf den Ehrenpreis sind alle Kategorien gelddotiert. Unterstützt wird der Club Award aus Mitteln der Hamburger Kulturbehörde.

Kultursenatorin **Prof. Barbara Kisseler**: „Mit dem Hamburger Club Award würdigen wir das große Engagement der Clubbetreiber und stellen die Leistung aller Clubs heraus. Die vielfältige Clubszene in Hamburg ist für das internationale Ansehen der Kultur unserer Stadt von größter Bedeutung. Mit der Unterstützung des Club Awards unterstreicht die Kulturbehörde die Bedeutung der Live-Music Clubs für das Musikleben in Hamburg.“

**Terry Krug**, erste Vorsitzende des Clubkombinat Hamburg: „Der Club Award ist gerade in schwierigen Zeiten wie diesen, die für deutsche Spielstätten von steigenden Kosten und einer mühsamen Gema-Tarifdiskussion geprägt sind, ein wichtiges Instrument, um ein entscheidendes Zeichen für die Arbeit der Live-Musik Clubs zu setzen. Wir danken den Hamburger Clubs für ihren großen Enthusiasmus, mit dem sie unsere Stadt täglich mit erstklassiger und wundervoller Live-Musik Kultur bereichern. Das muss belohnt und gefeiert werden, denn Hamburg ohne Clubs, das wäre doch wie die Elbe ohne Wasser – total öde!“

Durch das Programm der Award-Feier führte Daniel Sommer aka Cosmic DJ (Ex-Fischmob, International Pony). Außerdem spielten live: Pool (Indie), Eljot Quent (HipHop) und Luisa (Singer-Songwriter). Special Guest war Tino Hanekamp.

Die Fachjury bildeten in diesem Jahr: Detlef Schwarte (Reeperbahn Festival), Gunnar Astrup (917xfm), Helmut Heuer (VUT Nord), Luisa Ortwein (Künstlerin), Ole Masch (Szene Hamburg), Thomas Andre (Hamburger Abendblatt) und Thorsten Dörting (Spiegel Online).

**Rückfragen:**

Enno Isermann

Pressestelle der Kulturbehörde

040 / 42824 – 207

enno.isermann@kb.hamburg.de

**Clubkombinat Hamburg e.V.**

Thore Debor, Geschäftsführung

Kastanienallee 9, 20359 Hamburg

Tel. 040/23518357

kontakt@clubkombinat.de

PRESSEMITTEILUNG

## Stadt neu bauen – Die Metropole von morgen

**Internationale Bauausstellung IBA Hamburg und HafenCity Hamburg präsentieren sich mit Wanderausstellung in Zürich**

iba23

**Hamburg, 23. Januar 2013.** Die zwei großen Stadtentwicklungsprojekte Hamburgs präsentieren sich ab **Mittwoch, 24. Januar 2013 bis Donnerstag, 14. Februar 2013** mit einer gemeinsamen Ausstellung an der renommierten **ETH Zürich (Eidgenössische Technische Hochschule Zürich)** Zur Eröffnung am **23. Januar** sprachen **Dr. Dorothee Stapelfeldt, Zweite Bürgermeisterin der Freien und Hansestadt Hamburg und Wissenschaftssenatorin, IBA-Geschäftsführer Uli Hellweg und HafenCity-Geschäftsführer Jürgen Bruns-Berentelg** . Weiterer Redner war **Prof. Kees Christiaanse, Professor für Städtebau und Architektur an der ETH Zürich – u.a. auch verantwortlich für den Masterplan für die HafenCity.** Nach der Präsentation in Zürich wird die Ausstellung in den kommenden Monaten in weitere europäische Städte wie **Wien und Marseille** reisen und dann im **Juni 2013** im Rahmen eines großen **Stadtentwicklungskongresses** auch erstmals in **Hamburg** zu sehen sein. Ziel der Ausstellung ist es, einen internationalen Austausch über **Zukunftsstrategien der Städte** zu verstärken und **anlässlich des IBA-Präsentationsjahres 2013 nach Hamburg einzuladen.**

*„Die Städte des 21. Jahrhunderts stehen vor der zentralen Herausforderung, ihre Entwicklungsziele neu zu justieren, denn Bevölkerungszuwachs, veränderte Stadtgesellschaft und Klimawandel verlangen grundlegende Weichenstellungen für die Zukunft“, so Hamburgs Zweite Bürgermeisterin und Wissenschaftssenatorin **Dr. Dorothee Stapelfeldt.** „Mit der HafenCity und der Internationalen Bauausstellung ist Hamburgs Süden Schauplatz von zwei der bedeutendsten Stadtentwicklungsprojekte Europas. Die heute eröffnete Ausstellung soll den internationalen Diskurs über die Zukunft der Metropolen beflügeln und einen Anstoß dafür geben, urbane Konzepte und Erfahrungen miteinander zu teilen, voneinander zu lernen und einander zu inspirieren“, so **Bürgermeisterin Stapelfeldt weiter.***

HafenCity und IBA Hamburg vereint das Ziel einer spezifisch europäischen Stadt, die sich den Anforderungen der Zukunft stellt, ohne dabei ihre Traditionen und Qualitäten aufzugeben. Mit der Ausstellung „Stadt neu bauen“ initiieren HafenCity und IBA Hamburg zudem einen internationalen Dialog über die Zukunft der Metropole, in den die Projekte und Erfahrungen anderer europäischer Städte aktiv einbezogen werden. *„In diesem Jahr wird die IBA Hamburg nach einem siebenjährigen Entwicklungsprozess ihr großes Präsentationsjahr feiern, die HafenCity ist bereits seit elf Jahren im Bau“, so **Uli Hellweg, Geschäftsführer der IBA Hamburg.** „Ein guter Zeitpunkt, um den Dialog im europäischen Kontext zu fördern und aufzuzeigen, dass Hamburg eine Metropole der Zukunft ist.“*

Herz der Ausstellung ist ein überdimensionaler Kompass, der symbolisch einen Weg in die Stadt der Zukunft weist. Statt Himmelsrichtungen zeigt er jene übergeordneten Ziele an, die es für die Metropole von Morgen zu

erreichen gilt: Growing City“, „Open City“, „Smart City“ sowie „Civic City“. Sie formen den konzeptionellen Rahmen der erläuterten Strategien und Projekte, mit denen HafenCity und IBA Hamburg Möglichkeiten der Zukunft begegnen.

*„Die HafenCity ist in vielerlei Hinsicht ein Modellprojekt für die Neudefinition und die Entwicklung einer europäischen City am Wasser, insbesondere mit ihren Strategien der feinkörnigen Nutzungsmischung, ihren hohen Ansprüchen an Urbanität und ökologischer Nachhaltigkeit. so **Jürgen Bruns-Berentelg, Vorsitzender der Geschäftsführung der der HafenCity Hamburg GmbH.** „Wir freuen uns daher, zusammen mit der IBA Hamburg in einen intensiven Wissensaustausch mit anderen europäischen Metropolen zu treten.“*

**Im Vorfeld der Eröffnung findet das Kolloquium „Stadt neu bauen. Ziele für die Stadt von morgen“ mit Input-Referaten und modernisierten Diskussionen statt.**

#### **IBA Hamburg:**

Auf den Elbinseln, südlich der Hamburger Kerninnenstadt gelegen, entwickelt die Internationale Bauausstellung IBA Hamburg von 2006 bis 2013 innovative und nachhaltige Antworten auf die Zukunftsfragen der Metropolen. Die IBA Hamburg entwickelt dazu rund 60 vorbildliche Projekte, die die bisher vernachlässigten Stadtteile Wilhelmsburg und Veddel stabilisieren und aufwerten sollen.

#### **HafenCity Hamburg:**

Auf einer Fläche von 157 Hektar entsteht anschließend an die bestehende City eine New Downtown – eine lebendige Stadt mit maritimem Flair, die Arbeiten, Wohnen, Kultur und Freizeit miteinander verbindet. 45.000 Menschen werden hier arbeiten und 12.000 Menschen in der HafenCity wohnen. Neben der zentralen Lage zeichnet sich die HafenCity durch ihren Anspruch an Urbanität und nachhaltige Entwicklung aus.

#### **Pressekontakt:**

##### **IBA-Hamburg**

IBA Hamburg GmbH, Rainer Müller, Leiter Stabsstelle Presse, [rainer.mueller@iba-hamburg.de](mailto:rainer.mueller@iba-hamburg.de),  
Tel.: 040 / 226 227-335, oder an Anna Vietinghoff, Stabsstelle Presse,  
[anna.vietinghoff@iba-hamburg.de](mailto:anna.vietinghoff@iba-hamburg.de) Tel.: 040 / 226 227-331 oder an [presse@iba-hamburg.de](mailto:presse@iba-hamburg.de)

##### **HafenCity Hamburg GmbH**

Leiterin Kommunikation, Susanne Bühler  
[buehler@HafenCity.com](mailto:buehler@HafenCity.com), Tel.: 040 / 37 47 26-14

22. Januar 2013/pr22a

## 50 Jahre Élysée-Vertrag

# Hamburg würdigt deutsch-französische Freundschaft

**Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz hat heute an den Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag des Élysée-Vertrages in Berlin teilgenommen. Bundesrat sowie Deutscher Bundestag und französische Nationalversammlung waren aus diesem Grund in Berlin zusammengetroffen. Auch in Hamburg wird das Thema deutsch-französische Beziehungen in den kommenden Wochen eine wichtige Rolle spielen.**

Mit dem Élysée-Vertrag wurde 1963 die Grundlage für eine Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik gelegt. Die Bedeutung der deutsch-französischen Freundschaft spiegelt sich jedoch nicht nur in offiziellen Kontakten auf Staatsebene wieder, sondern auch in vielen Initiativen und Projekten von Vereinen und Privatpersonen in beiden Staaten.

Auch in Hamburg sind die Beziehungen zur Französischen Republik und insbesondere zu Hamburgs Partnerstadt Marseille eng. Aus diesem Anlass wird im kommenden Monat (22. Februar 2013) das traditionelle Matthiae-Mahl ganz im Zeichen der deutsch-französischen Freundschaft stehen. Zum ältesten Festmahl der Welt wird der Senat den Premierminister der Französischen Republik, Jean-Marc Ayrault, sowie den langjährigen ARD-Korrespondenten in Paris und profunden Frankreichkenner Ulrich Wickert als Ehrengäste begrüßen.

Vom 14. – 16. März 2013 wird Bürgermeister Scholz in Hamburgs Partnerstadt Marseille reisen. Auf dem Programm steht unter anderem die Eröffnung einer Ausstellung der IBA, gemeinsam mit dem Bürgermeister von Marseille, Jean-Claude Gaudin. Weiter ist die Teilnahme an einer Konferenz zum Thema „nachhaltiges Bauen“ vorgesehen sowie ein Besuch der im vergangenen Jahr eingerichteten Gedenkstätte Camp de Milles in Aix-en-Provence.

Zudem wird der Bürgermeister ein Konzert der NDR Bigband besuchen, die in der Kulturhauptstadt Marseille die „Hafensinfonie“ aufführt.

### Rückfragen:

Pressestelle des Senats

Jan Büchner; Tel.: 428 31- 2183

E-Mail: [pressestelle@sk.hamburg.de](mailto:pressestelle@sk.hamburg.de); Internet: [www.hamburg.de/senatskanzlei](http://www.hamburg.de/senatskanzlei)

22. Januar 2013/pr22

## Gedenkjahr „Hamburg erinnert sich 2013“

In diesem Jahr jähren sich die Machtergreifung durch die Nationalsozialisten zum 80., die Reichspogromnacht zum 75. und die verheerenden Luftangriffe alliierter Verbände auf Hamburg zum 70. Mal. Hamburg erinnert sich im Jahr 2013 vieler einschneidender historischer Ereignisse. Vor diesem Hintergrund haben Bürgerschaftspräsidentin Carola Veit und Hamburgs Zweite Bürgermeisterin Dorothee Stapelfeldt auf Gedenkfeiern und -veranstaltungen im laufenden Jahr hingewiesen.

### **Bürgerschaftspräsidentin Carola Veit:**

„2013 jähren sich Unrecht und Leid während der NS-Zeit aus unterschiedlichsten Perspektiven: Von der Gleichschaltung der Parlamente, dem Beginn der schamlos zur Schau gestellten Gewalt gegen verfolgte Gruppen bis hin zu Not und Leid Aller bei den verheerenden Luftangriffen. Unsere Website soll dazu beitragen, dass die vielen engagierten und aufrüttelnden Erinnerungsprojekte in unserer Stadt zahlreiche Zuschauerinnen und Zuschauer finden.“

### **Hamburgs Zweite Bürgermeisterin Dr. Dorothee Stapelfeldt:**

„Es ist wichtig, das kollektive Gedächtnis Hamburgs an das menschenverachtende Unrecht des Nationalsozialismus und die Schrecken des Zweiten Weltkriegs wachzuhalten. Die Hamburgische Bürgerschaft, der Senat und viele weitere Institutionen, Forschungseinrichtungen und die Justiz haben im Gedenkjahr 2013 Anlässe geschaffen, um innezuhalten. Sie geben damit allen Hamburgerinnen und Hamburgern Gelegenheit, sich auf persönliche Weise der Vergangenheit zu erinnern und sich mit der Geschichte Deutschlands und unserer Stadt auseinanderzusetzen. Der gemeinsame Dank von Bürgerschaft und Senat gilt allen, die sich diesem wichtigen Anliegen verpflichtet fühlen.“

Eine Terminübersicht, die laufend ergänzt und aktualisiert wird, gibt Interessierten einen Überblick über das Veranstaltungsangebot.

Die Übersicht ist zu finden unter [www.hamburg.de/gedenkjahr-2013](http://www.hamburg.de/gedenkjahr-2013).

### Rückfragen der Medien:

Christoph Holstein  
Senatssprecher  
Tel.: 0404283122 44  
Mobil: 01702881809  
E-Fax: 040427915143  
Mail:

[Christoph.Holstein@sk.hamburg.de](mailto:Christoph.Holstein@sk.hamburg.de)

Marco Wiesner  
Bürgerschaftskanzlei  
Öffentlichkeitsarbeit und Protokoll  
Stellvertretender Pressesprecher  
Tel.: (+49 (0) 40) 4 28 31-24 06  
Mobil: (+49 (0) 172) 44 33 546  
E-Mail:

[marco.wiesner@bk.hamburg.de](mailto:marco.wiesner@bk.hamburg.de)

## Terminkalender

Vom 28. Januar bis 2. Februar 2013

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung, die im Rathaus stattfinden, werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182 erteilt.

### Montag, den 28.01.2013

- 10:00** Polizeiausbildungszentrum, Hörsaalgebäude I, Mensa, Bramkamp 3  
Staatsrat Volker Schiek nimmt an der **Holocaust Gedenkveranstaltung der Polizei Hamburg und der Hochschule der Polizei Hamburg** teil.
- 17:00** Handelskammer, Adolphsplatz 1  
Senatorin Jutta Blankau nimmt an einer Podiumsdiskussion zum Thema „**Die Stadt als Unternehmer: Zur Rekommunalisierung der Energienetze in Hamburg**“ teil.
- 18:00** UKE, Martinistr. 52, im Erika-Haus, Gebäude W29  
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht anlässlich des **Neujahrsempfangs der Universitätsklinik Eppendorf** ein Grußwort.
- Senator Dr. Peter Tschentscher nimmt teil.

### Dienstag, den 29.01.2013

- 12:00** Haus des Sports, Schäferkampsallee 1  
Senator Michael Neumann spricht anlässlich der **Eröffnung des modernisierten Hauses des Sports** ein Grußwort.
- 18:00** Rathaus, Großer Festsaal  
Senator Michael Neumann, Staatsrätin Elke Badde, Staatsrat Volker Schiek und Staatsrat Dr. Ralf Kleindiek nehmen an der **Szenischen Lesung „Plötzlicher Herztod durch Erschießen“ anlässlich des Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus** teil.
- 18:30** Universitätsklinikum Eppendorf, Martinistraße 52, Erika-Haus, Hamburg  
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich der feierlichen **Verabschiedung von Prof. Dr. Peter Schäfer durch die Universitätsgesellschaft** ein Grußwort.
- Staatsrat Dr. Horst-Michael Pelikahn nimmt teil.

### Mittwoch, den 30.01.2013

- 17:00** Patriotische Gesellschaft Hamburg, Trostbrücke 4, Reimarus-Saal  
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht anlässlich der **Verleihung der Tessenow-Medaille** ein Grußwort.
- 17:00** Finanzbehörde, Gänsemarkt 36  
Senator Dr. Peter Tschentscher spricht anlässlich der **Ausstellungseröffnung "Der Eichmann-Prozess"** ein Grußwort.
- 18:00** Bucerius Law School, Auditorium, Jungiusstraße 6,  
Staatsrat Dr. Ralf Kleindiek nimmt an der **AGA-Mitgliederversammlung des Norddeutschen Unternehmerbundes** teil.

- 18:30** CCH 2, Jungiusstr. 13  
Bürgermeister Olaf Scholz hält vor den Mitgliedern des Übersee-Club e. V. zum Thema „**Hamburg – eine dynamische Stadt wandelt sich**“ eine Rede.
- 19:00** Literaturhaus, Schwanenwik 38  
Senatorin Prof. Barbara Kisseler spricht anlässlich der **Verleihung des „Hubert-Fichte-Preises 2012“** ein Grußwort und nimmt an dem Empfang im Rahmen der Preisverleihung teil.
- 19:00** Grundbuchhalle des Ziviljustizgebäudes, Sievekingplatz 1  
Senatorin Jana Schiedek diskutiert mit Annette Bruhns (Initiative ProQuote) zum Thema „**Geschlechterquote**“ **anlässlich einer Veranstaltung der Humanistischen Union.**

#### **Donnerstag, den 31.01.2013**

- 08:30** Kaispeicher, Veritaskai 3  
Staatsrat Michael Sachs hält einen Vortrag bei dem **Businessfrühstück mit Immobilienkunden der Haspa.**
- 08:30** Landesinstitut, Weidenstieg 29  
Senator Ties Rabe begrüßt **Hamburgs neue Lehramts-Referendare.**
- 09:30** Rathaus, Phönixsaal  
Bürgermeister Olaf Scholz empfängt die **zentralen Gestalter der Energiewende zum „Energie- Gipfel“.**
- 15:00** Finanzbehörde, Gänsemarkt 36  
Staatsrat Michael Sachs nimmt am **Jahresempfang der Kommission für Bodenordnung** teil.
- 19:00** Berlin, Landesvertretung ,Jägerstraße 1-3, 10117 Berlin  
Staatsrat Wolfgang Schmidt spricht anlässlich des **Gedenktages an die Opfer des Nationalsozialismus** ein Grußwort zur Veranstaltung „Plötzlicher Herztod durch Erschiessen“-NS-Wehrmachtjustiz und Hinrichtungen in Hamburg 1942- 1945“, einem Dokumentarstück von Michael Batz.
- 20:00** Steinkirchen, Hotel Windmüller  
Senator Frank Horch spricht beim **Rotary Club Altes Land Jork.**

#### **Freitag, den 01.02.2013**

- ganztägig** Erfurt  
Staatsrat Michael Sachs hält einen Vortrag im Rahmen einer Fachdiskussion anlässlich des **Wohnungswirtschaftlichen Kolloquiums der Hansa Baugenossenschaft** vom 01.2. – 02.2.2013.
- ganztägig** Chicago  
Senatorin Prof. Barbara Kisseler fährt mit dem **Hamburg Ballett nach Chicago** und besucht die dortige Vorstellung von „Nijinsky“ im Harris Theatre.
- 08:00** Landesvertretung Hamburg in Berlin, Jägerstraße 1-3, 10117 Berlin  
Senator Michael Neumann moderiert das **Sportpolitische Frühstück zum Thema „Sport als Motor der Inklusion“.**
- 09:30** Bundesrat, Berlin  
Bürgermeister Olaf Scholz, Senator Michael Neumann und Staatsrat Wolfgang

Schmidt nehmen an der 906. Sitzung des **Bundesrates** teil.

**14:00**

Amtsgericht St. Georg, Lübeckertordamm 2

Senatorin Jana Schiedek nimmt an der **Jubiläumsveranstaltung „10 Jahre Amtsgericht St. Georg“** teil.

**Samstag, den 02.02.2013**

**13:00**

Hallerstraße 91 über Hockeyhalle

Senator Michael Neumann besucht das **Heimspiel der 1. Tennisherrn** des Clubs an der Alster gegen den Uhlenhorster Hockey Club.